

LandtagsNachrichten

Mecklenburg-Vorpommern

■ **Aktuell**
Zeitungen in M-V

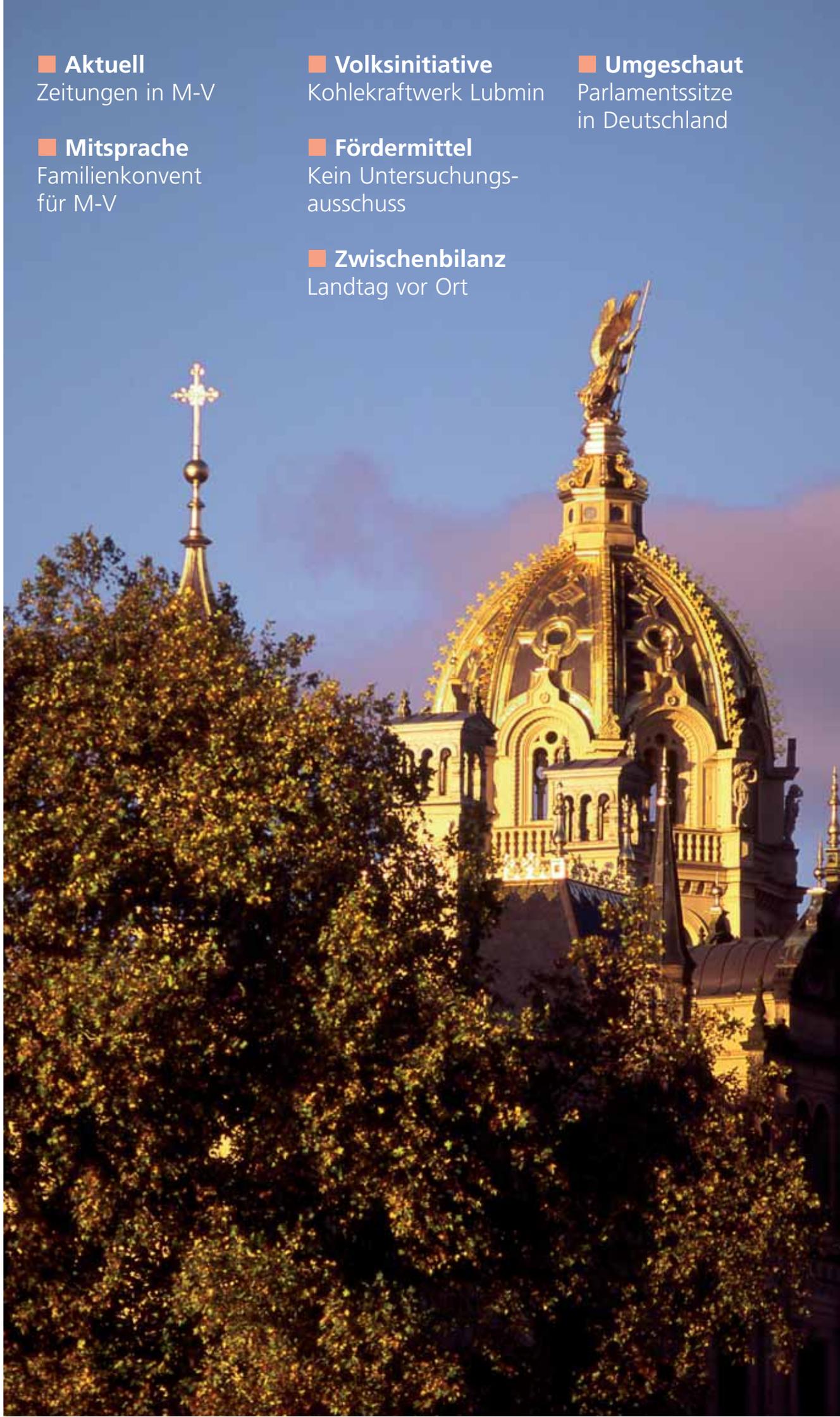
■ **Mitsprache**
Familienkonvent
für M-V

■ **Volksinitiative**
Kohlekraftwerk Lubmin

■ **Fördermittel**
Kein Untersuchungsausschuss

■ **Umgeschaut**
Parlamentssitze
in Deutschland

■ **Zwischenbilanz**
Landtag vor Ort



Seite 3

Spezial

Landtag vor Ort

Seiten 4 – 5

Aus dem Plenum**Aktuelle Stunde:**

Das Land braucht seine Zeitungen

Seiten 6 – 10

Weitere Themen:

Antrag der Volksinitiative Lubmin
Parlamentarischer Untersuchungsausschuss
Familienkonvent
Arbeitsbericht für M-V
Parlamentsforum „Südliche Ostsee“
Wahl der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen
Wahl von Mitgliedern des Landesverfassungsgerichtes

Seite 11 – 16

Auszüge aus der Debatte:

Änderung des Kindertagesförderungsgesetzes

Seite 17 – 18

Aus den Ausschüssen**Enquetekommission**

Anhörungen der Kommunen
Europa- und Rechtsausschuss
Präsentation der Woiwodschaf Westpommern

Agrarausschuss

Unterrichtungsfahrt nach Poel

Petitionsausschuss

Tätigkeitsbericht 2007

Seite 19

Schlossgeschichten

Parlamentssitze in Deutschland

Titelbild (Jörn Lehmann)

Die Prunkkuppel des Schweriner Schlosses im Herbstlicht.

Impressum

Herausgeber: **Landtag Mecklenburg-Vorpommern**
- Öffentlichkeitsarbeit -
Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525-2151
E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion: Referat Öffentlichkeitsarbeit,
Claudia Richter

Layout: Uwe Sinnecker, www.uwe-sinnecker.de

Druck: cw Obotritendruck.de
Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen haben wir bei der Bezeichnung von Menschengruppen manchmal nur die männliche Form verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LandtagsNachrichten können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.

Stabwechsel im Landeshaus



Foto: Andreas Garreis / NDR

■ „Allens hett siene Tiet“ – man muss nicht besonders gut Platt können, um zu verstehen, was gemeint ist. Alles hat seine Zeit und Harald Ringstorff sieht jetzt den Anlass gekommen, den Stab der Regierungsverantwortung in andere Hände zu legen.

Der Zeitpunkt ist gut gewählt, denke ich. Denn der scheidende Ministerpräsident kann in seiner politischen Laufbahn mehr auf Dinge zurückschauen, die ihm gelungen sind, als auf Misserfolge. Die Landesfinanzen sind auf einem guten Weg, die Arbeitslosenzahlen sind rückläufig, die Übernachtungszahlen im Tourismusgewerbe steigen stetig, Mecklenburg-Vorpommerns Imagewerte legen zu.

Das war nicht immer so. Werftenkrise, Rostocker Krawalle, Koalitionskrach zwischen CDU und SPD, die Regierungsbeitragung der PDS lange vor der Zeit von Ypsilanti & Co. – auch daran darf heute erinnert werden. Zeiten, die Harald Ringstorff von Beginn an mitverfolgt und mitgestaltet hat.

„Gahns man to Harald hen, dat is uns Fels in der Brandung“ – so hieß es schon 1990 in der Rostocker Parteizentrale der Sozialdemokraten. Ruhig, bedächtig, aber auch klar in der Aussage, Eigenschaften, die Harald Ringstorff in den letzten 18 Jahre nicht verlassen haben. In der Ruhe liegt seine Kraft. Was, so mag man sich fragen, soll da nun kommen? Was soll anders werden?

Ringstorffs Nachfolger wird es nicht leicht haben im Amt: die Solidarpaktmittel gehen zurück, die Bevölkerung wird älter, die Jungen gehen, die Alten bleiben, die Energiekosten steigen, die Konjunkturdaten zeigen eher nach unten als nach oben. Für Erwin Sellering ist reichlich Arbeit da. Aber warum sollte er es einfacher haben als sein Vorgänger?

Beide sind aus ähnlichem Holz geschnitzt. Bodenständig und ruhig, mehr strategisch denkend als emotional aufbrausend. Für unser Land kann das nur gut sein. Denn wenn das Wort von der „ruhigen Hand“ seine Berechtigung hat, dann in Mecklen-

Jürgen Hingst (56), seit 1984 Redakteur beim NDR, ist seit 1993 Leiter der Redaktion Aktuelles/Sport bei NDR 1 Radio MV. Er ist Gründungsmitglied der Landespressekonferenz M-V und seit 2005 deren Vorsitzender.

burg-Vorpommern. Das Land ist eben so, wie die Leute sind, die darin wohnen. Und das weiß auch Erwin Sellering. Rechtssicherheit und soziale Gerechtigkeit, das sind Themen, die ihn umtreiben und das nötige Maß dafür, die Dinge dort hinzustellen, wo sie auch ins Ziel kommen. Sellering ist darin seinem politischen Ziehvater nicht unähnlich. Beide neigen nicht gerade zu Schnellschüssen und Temperamentsausbrüchen.

Also bleibt alles wie es ist in Mecklenburg-Vorpommern? Ich denke nicht! Denn erstens kommen bald neue Probleme auf uns alle zu und zweitens ist Erwin Sellering klug genug, eigene Akzente zu setzen. Er wird schnell aus dem Schatten seines Vorgängers treten – auch innerhalb der SPD. Der Vorpommer aus Bochum, er wird noch von sich reden machen. Sein Weg könnte zeigen, dass auch innerhalb der SPD schließlich das zusammenwächst, was zusammengehört: Erfahrungen aus dem Osten für den Westen und umgekehrt. Zeit dafür wäre es ja – fast 20 Jahre nach dem Fall der Mauer.

So ist auch das Datum für den Stabwechsel von einigem Symbolwert. Am Tag der Deutschen Einheit geht eine Ära zu Ende. Der dienstälteste Regierungschef im Osten verlässt die Bank und ein Neuer aus dem Westen kommt. Ob daraus mehr wird – das werden die Wähler entscheiden, spätestens in drei Jahren. Aber eines ist klar: Mit der Wahl Erwin Sellering zum Ministerpräsidenten werden sich Ost und West ein Stückchen näher kommen. Etwas mehr Weitblick – etwas mehr Übersicht – etwas mehr Frische von Außen, so etwas kann nur gut sein für ein Land, das immer ein wenig zwischen den Welten und neben der Zeit liegt.

Jürgen Hingst



WIR. Erfolg braucht Vielfalt

Landtag vor Ort unterstützt WIR-Kampagne

■ „Was würden Sie tun, wenn Sie Abgeordneter wären?“ Die Besucher der Aktionen „Landtag vor Ort“ in Schwerin, Anklam, Wolgast, Ribnitz-Damgarten, Bützow und Sassnitz haben einen klaren Antwortfavoriten auf diese Frage: Sie wünschen sich vor allem, dass Politiker mit gut durchdachten und mit Fachleuten abgestimmten Vorschlägen und Lösungen an die Öffentlichkeit gehen.

Zahlreiche Kreuze auf der zwei mal drei Meter großen Bodenzeitung dokumentierten dies. Hoch im Kurs standen aber auch andere Antworten: „Bei schwierigen Problemen würde ich die Betroffenen und die Fachleute fragen. Das dauert zwar länger, aber dann habe ich nicht am grünen Tisch entschieden“ stieß ebenso auf große Zustimmung wie die Spezialisierung auf ein Fachgebiet und das Finden von Kompromissen zur Lösung eines Problems. Wenig hielten die Besucher dagegen davon, selbst Abgeordneter zu werden.

Mit einem Kreuzchen auf der Bodenplane ließen es viele Gäste nicht bewenden: So wurde über aktuelle Themen vor Ort gesprochen, über die Höhe der Abgeordnetenbezüge diskutiert, Probleme geschildert, nach Lösungsvorschlägen gesucht,

oder einfach Informationen über den Landtag und seine Arbeitsweise ausgetauscht.

Viele Besucher beteiligten sich bei den Vor-Ort-Aktionen auch am Ideenwettbewerb zum gleichnamigen landesweiten Mitmach-Bündnis für Demokratie und Toleranz „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“. Es galt, den Satz „Erfolg braucht Vielfalt, weil...“ zu vervollständigen. Zu gewinnen waren viele attraktive Preise, wie Eintrittskarten für die Störtebeker-Festspiele in Ralswiek, Karten für die Schloss-Festspiele in Schwerin und die Vineta-Festspiele auf Usedom oder einen von den Fußball-Profis des FC Hansa Rostock signierten Ball. Die jüngste Teilnehmerin des Wettbewerbs war erst sechs Jahre alt. Für sie braucht Erfolg Vielfalt, weil „es auch mehr Spaß macht, zusammen mit Freunden zu spielen als allei-

ne“. Für andere Teilnehmer braucht Erfolg Vielfalt, weil „eine bunte Welt kreativer ist“, „ein Leben in Schwarz-Weiß nur halb so schön ist“, „mehr Köpfe mehr Ideen haben“, „einer alleine nichts bewegen kann“ und „jeder Mensch anders ist“.

„Say no to racism“ sagen auch die Teilnehmer des Graffiti-Projektes „respect“ in Bützow. In ihrer Freizeit haben Strafgeladene der JVA Bützow Graffitis zum Thema Demokratie und Toleranz hergestellt und damit unter anderem einen alten Bauwagen gestaltet. Partner des Projektes sind der Verein „Freundeskreis der JVA Bützow“, die JVA selbst und das Bützower Bündnis für Demokratie und Toleranz. Die Graffitis stellte Projektleiterin Barbara Hansen Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider beim Auftritt des Landtags anlässlich des Stadtfestes am 30. August 2008 in Bützow vor. Die Graffiti-Gruppe wird nun in den nächsten Wochen ein neues Kunstwerk für das Bündnis „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ herstellen und dabei das Motto künstlerisch umsetzen.



Foto: Dirk Lange

Das Ehepaar Gresky gewann beim Ideenwettbewerb Eintrittskarten für die Open-Air-Inszenierung „Carmen“ in Schwerin, die ihnen der Generalintendant des Mecklenburgischen Staatstheaters Joachim Kümritz höchstpersönlich überreichte.



Foto: Anke Prinzler

Marleen Schmedemann aus Fahrbinde gewann beim Landtags-Quiz am Tag des offenen Schlosses den Hauptpreis: einen Exklusivbesuch im schönsten Landtagssitz Deutschlands. Gemeinsam mit Ingrid Gehrmann konnte sie bei einer Sonderführung viele unbekannte Gesichter des Schlosses erleben.

Sorge um Zeitungsvielfalt

Veränderungen in der Medienlandschaft in Aktueller Stunde diskutiert

■ **Angesichts sinkender Zeitungsauflagen und damit wachsenden wirtschaftlichen Drucks auf die Verlage gibt es in der Landespolitik Sorgen um die Qualität und Vielfalt der Blätter. Die Linksfraktion hatte deshalb das Thema „Das Land braucht seine Zeitungen“ auf die Tagesordnung der Aktuellen Stunde am 2. Juli gesetzt.**

■ DIE LINKE teile die Sorge von Gewerkschaftsvertretern um die Pressevielfalt im Land, sagte der Vorsitzende der Linksfraktion, **Prof. Dr. Wolfgang Methling**. Seine Fraktion unterstütze die seit Langem vom DJV und den Gewerkschaften erhobene Forderung nach einer Reform des Landespressegesetzes. „Mit einer Gesetzesnovelle soll die innere Pressefreiheit in den Redaktionen gestärkt, also Redaktionsstatuten zwischen Verlag und Redakteuren vereinbart werden, die die Arbeitsbeziehungen vernünftig regeln, wie es in vielen Redaktionen bundesweit bereits üblich ist“, sagte er. Methling warnte vor einem Abbau der regionalen Identität bei den Regionalzeitungen des Landes. So sei geplant, künftig den gemeinsamen Mantel der Ostsee-Zeitung und der Lübecker Nachrichten in Lübeck zu produzieren. „Es droht, dass die Lübecker Sicht auf die Dinge in der Ostsee-Zeitung dominieren wird“, warnte er und forderte die Landesregierung auf, sich mit den Verlagsleitern und Vertretern der Redaktionen an einen Tisch zu setzen. Zudem sollten die Besitzverhältnisse transparenter gemacht wer-

den. Methling kündigte an, seine Fraktion wolle eine Anhörung im Innenausschuss beantragen, um die Probleme von allen Seiten zu beleuchten.

Ministerpräsident **Dr. Harald Ringstorff** erklärte, es sei nicht Aufgabe der Politik, sich in unternehmerische Entscheidungen einzumischen. Dennoch forderte der Regierungschef in seiner Rede, dass bei strategischen Entscheidungen in den Zeitungsverlagen neben den wirtschaftlichen Interessen auch die Interessen der Mitarbeiter und der Leser „angemessen gewahrt“ werden müssten. Nur bei einem Gleichgewicht aller drei Interessenlagen könne die derzeitige Pressevielfalt mit drei Tageszeitungen erhalten bleiben. Diese Vielfalt der Regionalzeitungen sei Voraussetzung für Meinungs-, Informations- und Pressefreiheit, unterstrich Ringstorff. „Regionalzeitungen übersetzen Politik in den Alltag der Menschen.“ Die Journalisten seien mit dafür verantwortlich, „wie gut die Bürgerinnen und Bürger informiert sind, wie es um ihre Urteilsfähigkeit bestellt ist, und davon hängt letztlich ab,

ob und in welchem Maße die Menschen in unserem Land am Prozess der politischen Willensbildung teilnehmen können.“ Die Landesregierung setze sich ausdrücklich für eine starke Presse in Mecklenburg-Vorpommern ein. Das schließe neben der publizistischen Qualität aber auch das wirtschaftliche Ergebnis ein. „Zeitungen müssen sich selbst tragen. Tun sie das nicht, verschwinden sie langfristig vom Markt, und damit ist keinem gedient“, betonte Ringstorff.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende **Dr. Armin Jäger** bestätigte: „Die Zeitungslandschaft in Mecklenburg-Vorpommern ist in Bewegung.“ Jedoch seien die Zeiten vorbei, in denen es Aufgabe einer Regierung war, das Zeitungswesen zu ordnen, sagte er in Richtung Linksfraktion. „Zeitungen in einem demokratischen Rechtsstaat mit der Garantie der Meinungsfreiheit sind Zeitungen, die frei sind.“ Die Bürgerinnen und Bürger im Land brauchen seiner Meinung nach eine „Presse, die nachfragt, wo es nötig ist, und eine Presse, die auch nachbohrt, wo es nötig ist, das setzt eine starke Redaktion voraus. Da sind wir uns einig.“ Eine freie, kritische Presse sei „der Transformationsriemen der Meinungsfreiheit“. Aber Zeitungen seien auch Wirtschaftsunternehmen, betonte der CDU-Politiker. Und publizistische Vielfalt, jour-



Prof. Dr. Wolfgang Methling (DIE LINKE)



Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff



Dr. Armin Jäger (CDU)

Fotos: Uwe Balewski

nalistische Qualität setze voraus, dass es genügend Abonnenten gibt, dass es genügend Verkäufe an Kiosken gibt und schließlich, dass es genügend Werbeeinnahmen gibt. Jäger regte an, über die Situation der Tageszeitungen in Mecklenburg-Vorpommern in den Ausschüssen des Landtages zu diskutieren.

Der FDP-Fraktionsvorsitzende **Michael Roof** lehnte jegliche Einmischung der Politik in die Pressefreiheit ab. Diese sei ein hohes Gut, mit dem man auch umzugehen lernen müsse. „Die Zeit von Einheitszeitungen, die politisch bestimmt sind, ist endgültig vorbei“, betonte er. Je mehr sich die Zeitungen den Problemen ihrer Region widmen, desto stärker sei das Interesse beim Leser, desto höher seien die Auflagen und desto gesünder könnten die Unternehmen am Standort existieren. Im Übrigen sei es für die Berichterstattung egal, wo der Schreibtisch eines Redakteurs stehe. Roof spielte damit auf die enge Kooperation von „Lübecker Nachrichten“ und „Ostsee-Zeitung“ an. Teile des Mantels werden bereits in Lübeck produziert. Die Politik im Land solle den Zeitungen den Rücken stärken, forderte Roof. Für eine Diskussion „über Tarifflicht, über Selbstausbeutung und dergleichen“ sei jedoch das Parlament nicht der richtige Ort.

In der „real existierenden BRD-Medienöffentlichkeit“ gibt es nach Ansicht des NPD-Abgeordneten **Stefan Köster** keine „freie und wahrheitsgemäße“ Berichterstattung. „Wo ist die viel beschworene Pressefreiheit, wenn letztendlich sowieso nur das berichtet wird, was politisch korrekt ist, was also von oben vorgegeben

wird?“, fragte er. „Uns wird ein Menschenbild geboten, das ebenso verzeichnet wie verlogen ist. Uns wird im Nationalen wie im Internationalen eine Welt vorgeführt, wie sie in den Hirnen der Ideologen besteht“, sagte er. Als Kunst werde verkauft, „was Herz und Hirn vor Kälte frösteln lässt und ein Geschichtsbild vermittelt, das uns Deutsche zu ewigen Büßern der Nation stempelt.“

Die NPD wolle eine gleichgeschaltete „Staatspresse“, konterte der SPD-Abgeordnete **Reinhard Dankert**. „Legen Sie Ihre Maßstäbe an Ihre eigenen Medien an“, empfahl er den Rechtsextremen. Es sei durchaus wichtig, wo der Schreibtisch eines Redakteurs stehe, widersprach Dankert dem FDP-Fraktionschef. „Gute Journalisten müssen vor Ort sein, müssen mit den Menschen reden, müssen mit ihnen in Kontakt treten“, sagte er. Ansonsten sei eine authentischen Berichterstattung und somit der Pressefreiheit auch im Sinne der Bürger gefährdet. Es herrsche die nicht unbegründete Sorge, dass durch Maßgaben der westdeutschen Mutterhäuser die Eigenständigkeit hiesiger Blätter leiden könnte. „Die in Flensburg, Berlin, Lübeck oder Baden-Württemberg sitzenden Gesellschafter ziehen die Zügel weiter an.“ Bei der „Schweriner Volkszeitung“ herrsche Personalabbau. Der „Nordkurier“ drohe schrittweise zerschlagen zu werden. Durch Kooperation beziehungsweise Fusion mit den „Lübecker Nachrichten“ sei die Eigenständigkeit der „Ostsee-Zeitung“ gefährdet. „Mecklenburg-Vorpommern braucht seine Zeitungen“, betonte Dankert.

REGIONALE TAGESZEITUNGEN IN M-V

Schweriner Volkszeitung

(einschließlich „Norddeutsche Neueste Nachrichten“)

Auflage 122.000

gehört dem Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlag Flensburg

Hauptredaktion in Schwerin

Lokalredaktionen in Schwerin, Güstrow, Bützow, Parchim, Lübz, Hagenow, Ludwigslust, Gadebusch, Sternberg, Rostock und Wittenberge

Ostsee-Zeitung

Auflage 171.000

gehört dem Springer Verlag

und den „Lübecker Nachrichten“

Hauptredaktion in Rostock

Lokalredaktionen in Grevesmühlen, Wismar, Bad Doberan, Rostock, Ribnitz-Damgarten, Stralsund, Bergen, Grimmen, Greifswald und Zinnowitz

Nordkurier

Auflage: 101.000

Gehört den „Kieler Nachrichten“,

der „Augsburger Allgemeinen“

und der „Schwäbischen Zeitung“

Hauptredaktion in Neubrandenburg

Lokalredaktionen in Anklam,

Demmin, Ueckermünde, Malchin,

Teterow, Waren, Neubrandenburg,

Pasewalk, Prenzlau, Neustrelitz,

Templin und Altentreptow

Lübecker Nachrichten

mit Lokalredaktion in Grevesmühlen

BILD

mit Redaktion Mecklenburg-Vorpommern in Rostock



Michael Roof (FDP)



Stefan Köster (NPD)



Reinhard Dankert (SPD)

Fotos: Uwe Balowski

Volksinitiative Lubmin

*Erregte Debatte zwischen
Befürwortern und Gegnern*

■ Die Volksinitiative gegen das umstrittene Kohlekraftwerk in Lubmin bei Greifswald hat im Landtag am 3. Juli zu einer erregten Debatte geführt und wird das Parlament auch noch weiter beschäftigen. DIE LINKE forderte – wie die Unterzeichner der Volksinitiative – einen Verzicht auf das Vorhaben. Die SPD sprach sich für eine Halbierung der Kapazität aus. CDU und FDP befürworten das Projekt. Der Antrag der Volksinitiative wurde mit den Stimmen aller fünf Fraktionen zur Beratung an die Ausschüsse für Wirtschaft, Landwirtschaft, Verkehr und Soziales überwiesen.

Sollten alle Voraussetzungen erfüllt sein, könne die Genehmigung nicht verwehrt werden, betonte Wirtschaftsminister **Jürgen Seidel**. „Das kann der Investor gerichtlich einklagen“, betonte er. Seidel warb nachdrücklich für das geplante Steinkohlekraftwerk mit 1.600 Megawatt Leistung. Das Land befinde sich nach wie vor im Strukturwandel, und der Anteil der verarbeitenden Industrie an der Gesamtwirtschaft sei noch immer zu gering, sagte er. Die geplante Investition des dänischen Konzerns Dong Energy über zwei Milliarden Euro, die ohne öffentliche Fördermittel auskomme, wäre Seidel zufolge die größte Investition in der Geschichte Mecklenburg-Vorpommerns. Er betonte zugleich, die touristische Entwicklung müsse auch beachtet werden.

Der umweltpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, **Dr. Gottfried Timm**, sieht als ein großes Problem die Nichtnutzung der Abwärme an, die in den Greifswalder Bodden geleitet werden soll. Bei der von den Sozialdemokraten geforderten Halbierung der Kapazität würde nur die Hälfte der Abwärme anfallen, sagte er. Dafür könnten deutlich effektiver industrielle Abnehmer gefunden werden, sagte Timm. Bei einer Halbierung würde auch nur die Hälfte der Schadstoffe anfallen. Dong Energy lehnt eine Halbierung aller-



Am 16. April übergab die Bürgerinitiative 32.000 Unterstützerunterschriften an Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider.

dings ab. Ein Kraftwerk mit nur einem Block von 800 Megawatt Leistung wäre unwirtschaftlich, argumentiert der Investor.

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, **Prof. Dr. Wolfgang Methling**, appellierte, den Bürgerwillen zu beachten, der in der Volksinitiative dokumentiert sei. Kohlendioxid sei der Klimakiller Nr. 1. Das geplante Werk würde den Schadstoffausstoß in Mecklenburg-Vorpommern nahezu verdoppeln. Die Menschen hätten inzwischen ein Gespür dafür entwickelt, was der Natur und auch der touristischen Entwicklung schadet. Er verwies auf Studien, die einen Energiemix mit einem steigenden Anteil erneuerbarer Energien als zukunftsweisend bezeichnen. Ein neues Steinkohlekraftwerk würde alle Anstrengungen, die in diese Richtung zielen, zunichte machen.

Nach Auffassung von **Wolfgang Waldmüller** (CDU) ist die Gesellschaft auf die weitere Nutzung so genannter Primärenergieträger wie Kohle und Gas auch in Zukunft angewiesen. Zudem müsse die Energieerzeugung immer noch bezahlbar sein. Energiekosten seien für Investoren ein bedeutender Standortfaktor. „In Lubmin wird ein hoch effizientes Kraftwerk gebaut“, hob er hervor. 140 Arbeitsplätze seien geplant. Weitere 400 würden im Dienstleistungssektor zusätzlich entstehen. Zudem könne die Kommune mit rund zehn Millionen Euro Ge-

werbsteuereinnahmen jährlich durch das Werk rechnen. Das „Horroszenario“, das Kraftwerksgegner zeichnen würden, entspreche nicht der Realität.

Die Bürger sollten sich nach Auffassung von **Michael Roof**, Fraktionsvorsitzender der FDP, nicht von politischen Interessenvertretern „instrumentalisieren“ lassen. „Es ist unverantwortlich, Ängste zu schüren“, betonte er. Die Investoren müssten strenge Normen einhalten. Den Unterzeichnern der Volksinitiative bot er an, gemeinsam und miteinander zu diskutieren und so nach der „besten Lösung“ zu suchen.

Michael Andrejewski (NPD) warf der Koalition vor, die Volksmeinung nicht ernst zu nehmen. Es werde so getan, als seien Volksentscheide und -initiativen nicht rechtsstaatlich. Ärzte und Wissenschaftler würden vor Gesundheitsrisiken warnen. Diese Fachleute hält er für „gläubwürdiger als CDU-Politiker“.

Umweltminister **Dr. Till Backhaus** betonte, dass unabhängig von der Volksinitiative in letzter Konsequenz das „rechtsstaatliche Verfahren“ durchgesetzt werden müsse. Er bat die Abgeordneten darum, für „mehr Aufklärung“ an Ort und Stelle zu sorgen. Er verwies zudem auf „unabhängige Gutachten“, die keine gravierenden negativen Auswirkungen auf die Umwelt prognostizierten.

Peter Ritter von der Fraktion DIE LINKE hat nicht an der Abstimmung teilgenommen.

men. In einer persönliche Erklärung wies er Vorwürfe zurück, DIE LINKE würde in Vorpommern mit faschen Argumenten Ängste schüren. Falsch sei auch „das ewige Märchen“, die Linke hätte dem Bau eines Steinkohlekraftwerkes zugestimmt. Seiner Partei sei erst nach der Landtagswahl 2006 erstmals mit den Plänen konfrontiert worden.

Kein Untersuchungsausschuss

Landtag lehnt FDP-Antrag ab

■ Die FDP ist im Landtag mit einem Vorstoß für einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zu umstrittenen Wirtschaftsförderungen gescheitert. Das Parlament lehnte den Antrag am 3. Juli mit den Stimmen der Regierungsfractionen SPD und CDU sowie der oppositionellen Linken ab. Die FDP wollte durch einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss die öffentliche Förderung des insolventen CD- und DVD-Werks in Dassow (Nordwestmecklenburg) prüfen lassen. Zudem sollte die Förderung für den Snow Funpark Wittenburg sowie des Zukunftszentrums in Nieklitz (beide Landkreis Ludwigslust) geprüft werden.

„Aus Fehlern kann man lernen und zu Veränderungen kommen“, sagt **Michael Roof**, Fraktionsvorsitzender der FDP, der den Antrag begründete. Ein Untersuchungsausschuss habe das Recht auf Akteneinsicht und Zeugenvernehmungen. Die bisherigen Beratungen im Ausschuss für Wirtschaft hätten gezeigt, dass dessen Instrumente zur Aufklärung nicht ausreichten. Es bestehe großes öffentliches Interesse an der Förderpraxis im Land, betonte Roof. Die Fördermittelvergabe muss nach seiner Überzeugung transparenter werden.

Wirtschaftsminister **Jürgen Seidel** verteidigte die Förderpolitik des Landes. Auch wenn die Insolvenz des Werks in Dassow ein Rückschlag für die wirtschaftliche Ent-

wicklung der Region sei, könne man die Erfolge der Förderpolitik nicht bestreiten. Von 2000 bis 2007 seien 2.410 Unternehmen gefördert worden, von denen 141 Insolvenzen angemeldet hätten. „Das entspricht einem Anteil von lediglich 5,8 Prozent“, sagte der Minister. Über Dassow sei „transparent und öffentlich“ im Wirtschaftsausschuss diskutiert worden. Es habe keine Anhaltspunkte für eine unzureichende Überprüfung vor der Bewilligung der Fördermittel gegeben. Ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss sei überflüssig.

Der Meinung war auch der SPD-Wirtschaftspolitiker **Jürgen Schulte**. Er warf der FDP vor, gar nicht an „wirklicher Aufklärung“ interessiert zu sein, sondern sich nur in die Medien bringen zu wollen. Wenn Investoren nicht genügend unterstützt würden, gebe es auch einen Aufschrei. „Natürlich ist man hinterher immer klüger“, betonte er. „Sie hätten die Entscheidungen genauso getroffen“, sagte er in Richtung der Liberalen, die er aufforderte, nicht nur auf „angebliche Fehler anderer“ zu verweisen, sondern eigene Vorschläge zu machen.

Helmut Holter (DIE LINKE) sagte, die FDP übe Generalkritik an der Wirtschafts- und Förderpolitik der vergangenen Jahre. Es gelte nach vorn zu schauen und den Betroffenen in der Region zu helfen. Zudem fehle ihm eine Erklärung, warum der Untersuchungsausschuss notwendig sei. Er warnte davor, im Falle des CD-Werkes der Justiz vorzugreifen. Diese habe die Aufga-

be, mögliche kriminelle Vorgänge aufzuklären. „Hier gibt es eine klare Gewaltenteilung“, betonte Holter.

Der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, **Wolfgang Waldmüller**, sagte, ein Untersuchungsausschuss hieße, „mit Kanonen auf Spatzen“ zu schießen. Er habe als mittelständischer Unternehmer selbst großes Interesse daran, dass Fehlverhalten in der Förderpolitik aufgedeckt und die Ursachen beseitigt werden. „Aber Pauschalkritik und Verschwörungstheorien helfen nicht weiter“, betonte er. Es habe zu allen drei Fällen im Wirtschaftsausschuss ausreichende und umfassende Aufklärung gegeben. „Ein Untersuchungsausschuss gäbe keinen neuen Erkenntnisgewinn und ist in keiner Weise gerechtfertigt“, betonte Waldmüller.

Die Verwendung von Fördermitteln ist nach Auffassung von **Udo Pastörs** (NPD) nicht immer wirklichen Kontrollmechanismen unterworfen. Er nannte „millionschwere Anti-Rechts-Projekte“ als Beispiele für „Luftblasen“. Es gebe einen Fördersumpf, und staatsanwaltliche Ermittlungen verliefen „rasch im Sande“, meinte er. „Wir stimmen dem FDP-Antrag selbstverständlich zu“, sagte Pastörs.

FDP-Fraktionschef **Michael Roof**, der am Ende der Debatte erneut das Wort ergriff, warf den Rednern von SPD, CDU und Linksfraktion vor, gegen einen Untersuchungsausschuss zu sein, weil sie alle drei für die Förderungen verantwortlich seien.



Foto: Jens Büttner



Armut-bericht

Landtag lehnte Antrag der Linken ab

■ Die Fraktion DIE LINKE forderte auf der Landtagssitzung am 4. Juli in einem Antrag von der Landesregierung die Vorlage eines aktuellen Armutsberichts für Mecklenburg-Vorpommern. Bis zum 30. September sollten dem Parlament zudem konkrete Maßnahmen vorgestellt werden, mit denen die Kinderarmut im Land schnellstmöglich auf Bundesniveau zurückgeführt werden könne. Der Antrag wurde nach kontroverser Debatte mit großer Mehrheit abgelehnt.

In anderen Bundesländern wie Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt lägen die Armutsberichte bereits vor, betonte **Irene Müller** (DIE LINKE), die den Antrag für ihre Fraktion einbrachte. Sozialminister Sellering warf sie Ignoranz vor. „Sie, Herr Minister, ignorieren scheinbar, dass dieser und andere Armutsberichte ... das ganze Land bewegen und die Menschen aufwühlen“, sagte die Parlamentarierin. Ein Armutsbericht sei der Anfang einer Positionsbestimmung für das Land. Eine

„Schocktherapie“ ist ihrer Auffassung nach „in bestimmten Fällen die einzige Therapie, die hilft“. Die Situation dürfe nicht schöngeredet werden.

Sozialminister **Erwin Sellering** sagte, der geplante Armutsbericht der Landesregierung werde erst Anfang 2009 vorgelegt, da nicht nur Statistiken wiedergegeben werden sollen. Beispielsweise müssten die demografische Entwicklung, Aussagen zur Situation der Eltern, zu den Wohnverhältnissen und zur Ausbildung genau erfasst sein. Daraus müsse abgeleitet werden, wie Hilfe konkret aussehen könne. Das brauche Zeit. „Vor Anfang 2009 kann solch ein Bericht nicht vorliegen“, betonte der Minister.

„Sozialpolitik kann nicht mit dem Scheckbuch betrieben werden“, warnte **Ralf Grabow** (FDP). Ein Arbeitsplatz sei ein besserer Schutz vor Armut als steigende Sozialausgaben. Seine Fraktion folge den Argumenten der Linken zu großen Teilen nicht. In einem Änderungsantrag forderten die Liberalen unter anderem, den aktuellen Armutsbericht für das Land bis zum Jahresende vorzulegen – also drei Monate später als die Linksfraktion verlangte. Auch der FDP-Änderungsantrag wurde vom Parlament abgelehnt.

Niemand ignoriere die traurige Entwicklung der Kinderarmut, betonte **Martina Tegtmeyer** (SPD). Sie verwies auf konkre-

te Maßnahmen zum Abbau der Kinderarmut und für eine nachhaltige Kinder- und Familienpolitik. Dabei würden Initiativen für gleiche Bildungschancen in den Vordergrund gestellt. Sie nannte unter anderem den Ausbau der frühkindlichen Bildung und Erziehung und die Erarbeitung eines Landesaktionsplanes zur gesundheitlichen Prävention. Vorrangiges Ziel müsse es sein, mehr Menschen „in auskömmliche Beschäftigungsverhältnisse zu bringen“. Der Antrag der Linken ist ihrer Meinung nach entbehrlich und werde von ihrer Fraktion abgelehnt.

Tino Müller (NPD) signalisierte dagegen die Zustimmung seiner Fraktion. „Obwohl Sie ja einen solchen Bericht auch hätten vorlegen können, als Sie an der Regierung waren“, warf er der Linken vor. Das Geld, das für den Kampf gegen seine Partei ausgegeben werde, solle besser in ein tägliches warmes Mittagessen für Kinder investiert werden.

Nach Auffassung von **Werner Kuhn** (CDU) ist das Entscheidende, dass die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern Arbeit haben. Das Budget für Sozialausgaben sei bereits hoch im Land. „Wir wissen, was zu tun ist. Dazu brauchen wir Ihren Antrag nicht“, erteilte er der Linksfraktion eine Absage.

Nach der Einführung von Hartz IV habe die Armut in Deutschland eine andere Di-

mension erreicht, unterstrich Linkspolitikerin **Dr. Marianne Linke**. So habe sich praktisch über Nacht die Zahl der armen Kinder nahezu verdoppelt. Viele Menschen seien – auch wenn sie Arbeit haben – auf staatliche Hilfe angewiesen. „Armut ist ein Synonym für die eingeschränkte Möglichkeit, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen“, definierte sie. Die Schaffung von gut bezahlten, sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen sei eine zentrale Aufgabe. Aber darüber hinaus müsse mehr getan werden. Unter anderem müsse die Ganztagschule gestärkt und ein gesetzlicher Mindestlohn für Erzieher eingeführt werden, forderte sie.

Lobby für Familien

Konvent soll alle zwei Jahre tagen

■ Die Familien in Mecklenburg-Vorpommern bekommen eine Vertretung und damit eine bessere Lobby in der Landespolitik. Der Landtag beschloss am 4. Juli auf Antrag der Regierungsfractionen SPD und CDU die Gründung eines „Familienkonvents“, das alle zwei Jahre tagen soll. Dem Antrag stimmten auch die FDP zu, DIE LINKE enthielt sich. Die NPD lehnte den Antrag ab.

„Wir benötigen einen kinder- und familienpolitischen Aufbruch“, begründete **Martina Tegtmeier** (SPD) den Antrag. Sie forderte eine „Allianz für Kinder und Familie“. Die Interessenvertreter – Mütter und Väter, engagierte Großeltern sowie Verbände und lokale Bündnisse für Familie – sollen im Zwei-Jahres-Rhythmus im Schweriner Schloss zusammenkommen und über die Belange von Kindern und Familien beraten.

„Was soll ein Konvent?“, fragte dagegen **Irene Müller** (DIE LINKE). Sie warf der Koalition Mittelkürzungen und Schließungen von Jugendklubs sowie von Familienberatungsstellen vor. „Das ist keine mutige, keine fortschrittliche Familienpolitik“, sagte sie. Ganz wolle sich ihre Fraktion dem Anliegen aber nicht verschließen. Der Links-Antrag auf Überweisung in die

Fachausschüsse fand jedoch keine parlamentarische Mehrheit.

Sozialminister **Erwin Sellering** betonte in der Debatte, gute Familienpolitik sei mehr als nur Geld bereitzustellen. „Es geht auch darum, dass jene, die sich für Familien einsetzen, Möglichkeiten zur Mitsprache bekommen“, sagte er. Mit dem Konvent solle Familien eine zentrale Stimme im Landtag gegeben werden. Er könne sich vorstellen, dass der Konvent – wie der Landtag – aus 71 Abgeordneten besteht, die für die Familien sprechen. Darunter könnten Mitglieder aus Vereinen, Verbänden, hauptberuflich und ehrenamtlich Beschäftigte sein. „Mindestens zur Hälfte sollte der Konvent mit ‚normalen‘ Eltern besetzt sein“, forderte er.

Harry Glawe (CDU) sieht in dem Familienkonvent einen weiteren Schritt zu mehr Kinder- und Familienfreundlichkeit in Mecklenburg-Vorpommern. „Wir erwarten von solch einem Gremium wichtige Impulse, um regionale und gesellschaftliche Vielfältigkeit der Lebenssituation von Familien in Mecklenburg-Vorpommern besser in der Landespolitik abbilden zu können“, sagte er.

Ralf Grabow (FDP) erinnerte an den Antrag seiner Fraktion für einen „Kindergipfel“, der vor gut zwölf Monaten von der Koalition noch abgelehnt wurde. „Was lange währt, wird gut“, sagte er. Er signa-

lisierte Zustimmung zu dem Antrag. „Die Vorbereitungen sollten nicht allzu lange dauern“, forderte er.

Tino Müller (NPD) hält den Antrag für „nebulös“ und für eine bloße Absichtserklärung. Damit solle lediglich „Sand ins Auge der Wähler“ gestreut werden. Er kritisierte generell die westlichen Werte der Demokratie. „Wir sind für eine Neuordnung der Werte“, betonte der NPD-Abgeordnete. Zur finanziellen Unterstützung von Familien forderte er u.a. die Einführung eines Müttergehalts. Seine Fraktion werde den Antrag ablehnen.

„Für familienpolitische Maßnahmen stellen wir viel Geld zur Verfügung“, betonte **Jörg Heydorn** (SPD). Diese Politik werde seine Partei weiter verfolgen. Ein Familienkonvent bedeute zum einen, dass Familien mehr Aufmerksamkeit bekommen. Zum anderen aber auch, selbst an der Politik teilhaben können. Genau das sei das Ziel. Deshalb setze sich seine Fraktion für den Familienkonvent ein.

Der Sozialminister wurde vom Landtag mit den Vorbereitungen beauftragt. In Mecklenburg-Vorpommern gibt es bereits ein Altenparlament, in dem Senioren alle zwei Jahre ihre Anliegen formulieren und der Landespolitik nahe bringen. Jugendliche erhalten bei dem Projekt „Jugend im Landtag“ Gelegenheit, ihre Themen und Ideen mit den Abgeordneten zu diskutieren.



Foto: Jens Büttner

Neuwahl

Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen

Foto: Cornelius Kettler



■ Marita Pagels-Heineking wurde am 2. Juli vom Landtag zur neuen Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen gewählt. 51 Abgeordnete stimmten für die 52-Jährige, neun votierten gegen sie. Marita Pagels-Heineking stammt aus Neubrandenburg. Sie erlernte den Beruf einer Maschinenbauzeichnerin. Seit 1991 leitete sie die Außenstelle Neubrandenburg der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen. Marita Pagels-Heineking löst Jörn Mothes ab, der nach zwei Amtszeiten als Landesbeauftragter nicht noch einmal gewählt werden konnte.

Verfassungsrichter

■ Ebenfalls am 2. Juli wählte der Landtag Hans-Josef Brinkmann zum Mitglied sowie Lutz da Cunha und Dr. Axel Schmidt zu stellvertretenden Mitgliedern des Landesverfassungsgerichts. Die neu gewählten Verfassungsrichter legten vor dem Parlament ihren Amtseid ab. Brinkmann ist Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht Rostock, da Cunha ist Landrat des Kreises Güstrow und Dr. Axel Schmidt ist Rechtsanwalt.

Bereits am 30. Januar 2008 hatte der Landtag acht neue Mitglieder des Landesverfassungsgerichts gewählt. Die Neuwahl war erforderlich geworden, da die zwölfjährige Amtszeit der bisherigen Besetzung des obersten Landesgerichts abgelaufen war. Mit Hannelore Kohl, Präsidentin des Obergerichts M-V, wurde erstmals eine Frau zur Präsidentin des Landesverfassungsgerichts gewählt. Das Landesverfassungsgericht hat seinen Sitz in Greifswald. Die Tätigkeit als Verfassungsrichter ist ehrenamtlich.

Neue Landesregierung

■ Voraussichtlich am 6. Oktober tritt der Landtag zu einer Sondersitzung zusammen. Auf der Tagesordnung steht die Neuwahl des Ministerpräsidenten. Der bisherige Amtsinhaber Dr. Harald Ringstorff (SPD) hatte im August seinen Rücktritt zum 4. Oktober erklärt und dies am 18. September schriftlich bestätigt. Mit dem Ausscheiden des Regierungschefs wird automatisch auch die Landesregierung aufgelöst. Der neue Ministerpräsident wird nach seiner Wahl sein neues Kabinett berufen. Alle Minister werden nach ihrer Ernennung an gleichen Tag vor dem Parlament ihren Amtseid leisten.

Die SPD, stärkste Fraktion im Landtag, hat auf ihrem Landesparteitag Erwin Sellering als Kandidaten für die Wahl zum Ministerpräsidenten nominiert. Der Greifswalder Jurist ist Mitglied des Landtages und in der aktuellen Landesregierung als Sozialminister tätig. In der vorherigen Legislaturperiode leitete Sellering das Justizministerium.

GEDENKEN

Landtag ehrt Johannes Stelling

Zu Beginn seiner Plenarsitzung am 2. Juli gedachte der Landtag des 75. Todestages von Johannes Stelling.

Der Sozialdemokrat war in der Nacht vom 21. zum 22. Juni 1933 in der so genannten Köpenicker Blutnacht von SA-Schlägern brutal gefoltert und ermordet worden. „Wir haben gerade in der heutigen Zeit besonderen Anlass, dieses Mannes zu gedenken“, sagte Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider. „Nicht nur, weil Johannes Stelling Mitglied des mecklenburgischen Landtages und Ministerpräsident dieses Landes war, sondern auch, weil die Nachfolger der Kräfte, die seinen Tod zu verantworten haben, heute wieder in Parlamenten und Volksvertretungen sitzen und das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus als Schuld kult verhöhnen.“ Die Abgeordneten der vier demokratischen Fraktionen SPD, CDU, DIE LINKE und FDP erhoben sich zu Ehren Stelling für eine Gedenkminute von ihren Plätzen.

Die sechs NPD-Abgeordneten beteiligten sich nicht am Gedenken für Stelling. „Ich gehe davon aus, dass dies ein bewusster Akt war“, sagte Bretschneider im Anschluss an die Gedenkminute. Werte wie Moral, Würde und sittlicher Anstand würden offensichtlich nicht für alle Abgeordneten des Landtages gelten. „Ich denke, dass sich die Menschen in unserem Land an das Verhalten der NPD-Abgeordneten erinnern werden, wenn von Politikern Moral und Anstand eingefordert wird“, betonte sie.

Parlamentsforum „Südliche Ostsee“

■ Vom 18. bis 20. Mai 2008 fand in Kolobrzeg (Kolberg) die 6. Konferenz des Parlamentsforums „Südliche Ostsee“ statt. (LandtagsNachrichten 5-2008 berichteten.) Eine Entschließung zur Umsetzung der Kolberg-Beschlüsse stand auf der Tagesordnung der Landtagssitzung am 3. Juli (Ds. 5/1571). Die vier demokratischen Fraktionen SPD, CDU, DIE LINKE und FDP, die den Antrag gemeinsam eingebracht hatten, stimmten der Kolberg-Resolution zu und fordern die Landesregierung auf, sich auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene nachdrücklich für die in der Resolution enthaltenen Forderungen einzusetzen. Die NPD-Fraktion lehnte den Antrag ab.

Die Schlussresolution der Konferenz finden Sie auf der Website des Landtages unter www.landtag-mv.de (Zusammenarbeit/Südliches Ostseeforum).

Landtag ändert Kita-Gesetz

Mittel für vorschulische Bildung werden umverteilt

■ Der Landtag beschloss am 2. Juli mit den Stimmen der Regierungsfractionen SPD und CDU mehrere Änderungen des Kindertagesförderungsgesetzes. Redner von SPD und CDU traten dem Eindruck entgegen, es werde künftig weniger Geld für die Bildung in den Kitas zur Verfügung stehen. Abgeordnete der Opposition dagegen kritisierten, dass festgeschriebene Gelder gestrichen würden. LandtagsNachrichten veröffentlichen nachfolgend Auszüge aus der Debatte.

Minister Erwin Sellering:

„Wir stellen deutlich mehr Geld zur Verfügung“



Foto: Cornelius Kettler

■ „Meine Damen und Herren, wir haben das hier schon des Öfteren diskutiert, die Koalitionspartner haben sich verabredet, sehr viel zu unternehmen, um dieses Land deutlich familienfreundlicher zu machen. Unter der Überschrift „Kinderland M-V“ sind in unterschiedlichen Stadien der Umsetzung verschiedenste Maßnahmen auf dem Wege. Wir werden – darüber findet im Moment eine große Diskussion statt, auch verstärkt noch im Herbst – das KiföG in weiten Bereichen überprüfen, modernisieren und anpassen müssen. Auch darüber haben wir hier schon gesprochen. Wir haben wichtige Vorhaben, die wir umsetzen werden, das ist gerade schon von Herrn Grabow angesprochen worden. Sie werden nicht in Gesetzesform umgesetzt, sondern in Form von Richtlinien. Auch darüber ha-

ben wir im Ausschuss und hier schon des Öfteren geredet.

Heute geht es uns um einen einzelnen Punkt. Es geht darum, einen einzelnen Haushaltstitel abzusenken. Wir senken ihn deshalb von sieben Millionen Euro auf fünf Millionen Euro ab, weil wir für dieses Arbeitsfeld aus anderen Quellen über sechs Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung haben. Ich möchte das hier nur noch einmal sagen, weil natürlich von der Opposition wieder kommen wird, dass wir weniger Geld zur Verfügung stellen für diesen wichtigen Punkt vorschulische Bildung.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Na klar, das machen wir.)

HINTERGRUND

Zur Verbesserung der vorschulischen Bildung stellt das Land bisher einen Betrag von sieben Millionen Euro bereit. Die Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, die Eltern aus familienpolitischen Gründen von den Kosten der Kindertagesförderung zu entlasten. Für diesen Zweck werden im Jahr 2008 sechs Millionen Euro und im Jahr 2009 14,5 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt. Hierfür soll ein Teil der bisher für die Verbesserung der vorschulischen Bildung eingesetzten Mittel herangezogen werden. Dies ist laut Landesregierung vertretbar, da die Ausstattung der Kindertageseinrichtungen gut sei und außerdem zusätzliche Mittel aus dem „Investitionsprogramm des Bundes zum bedarfsgerechten Ausbau der Kindertagesförderung für unter dreijährige Kinder“ zu erwarten sind (Gesamtfördervolumen 39 Mio. Euro für die Jahre 2008 bis 2013, durchschnittlich 6,5 Mio. Euro pro Jahr).

Ich nenne noch einmal die Grundrechenarten: Fünf plus sechs sind elf und das sind mehr als sieben. Wir stellen deutlich mehr zur Verfügung, denn wir haben jetzt zwei Töpfe. Deshalb meinen wir, dass man in einem kürzen kann, weil wir das Geld an anderer Stelle gut gebrauchen können. Alles andere ist bereits besprochen. – Herzlichen Dank.“

Dr. Marianne Linke, DIE LINKE:

„Mittelkürzungen sind Leistungskürzungen“



■ „Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Ja, es ist schon eine sonderbare Situation. Die Regierung hat den Entwurf einer Novelle des Kindertagesförderungsgesetzes eingebracht, um die gesetzlich – und hier liegt die eigentliche Betonung – verankerten Mittel für die vorschulische Bildung in Höhe von sieben Millionen Euro zu reduzieren und um die Zuständigkeit für die Kindertagesbetreuung auf mehrere Ressorts zu verteilen. Das Parlament hat hierzu umfangreiche Expertenanhörungen vorgenommen, in deren Ergebnis festgestellt werden kann: Praktiker, Elternvertreter, Wissenschaftler, Verbandsfunktionäre, Abgeordnete, Verwaltungsangestellte, also vielfältige Interessensvertreter, ja, man kann sagen, alle mit Ausnahme der Vertreter der Koalition, lehnen die geplanten Gesetzesänderungen ab.“

(Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

Nichtsdestotrotz wird der Entwurf der Landesregierung heute dem Parlament in unveränderter Form zur Beschlussfassung vorgelegt. Da fragen sich natürlich alle, welchen Sinn machen Anhörungen, wenn das Ergebnis bereits vorher feststeht? [...]

Meine Fraktion versteht unter Mittelkürzungen das, was sie sind, und zwar Leistungskürzungen, die sich auf alle Kinder, die den Kindergarten besuchen, auswirken werden. Und diese Auffassung teilen wir mit den Anzuhörenden, also mit dem Landkreistag, dem Städte- und Gemeindetag, dem Oberbürgermeister der Han-

sestadt Stralsund, den Oberbürgermeistern der Städte Schwerin und Neubrandenburg, mit der Liga der Spitzenverbände der freien Wohlfahrt, mit dem Beauftragten für Landtag und Landesregierung der Evangelischen Kirchen in Mecklenburg-Vorpommern, dem Diakonischen Werk der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche in Mecklenburg, dem Diakonischen Werk – Landesverband in der Pommerschen Evangelischen Kirche, dem Erzbischöflichen Amt Schwerin, der Caritas Mecklenburg, der Kita-GmbH und so weiter und so weiter, aber auch mit dem Stadelternrat.

(Ilka Lochner-Borst, CDU: Warum legen Sie Wert auf Anhörungsergebnisse? Das ist doch ganz was Neues.)

[...] Seit einer Woche liegt uns der Bericht der Bildungscommission vor. Schauen Sie da mal rein [...] ich zitiere: „Angesichts der Tatsache, dass in M-V mehr als 90 Prozent der Kinder Angebote der Kindertagesförderung in Anspruch nehmen und die Elternbeiträge für Erziehungsberechtigte mit geringem Einkommen schon heute von der kommunalen Ebene getragen werden, folgt diese Diskussion offenkundig weder den Ergebnissen empirischer Untersuchungen noch den Argumenten der Sozial- bzw. Bildungsforschung. Die Expertenkommission spricht sich daher nachdrücklich dafür aus, von pauschalen Elternbeitragsabsenkungen abzusehen und die Höhe der Elternbeiträge nicht noch uneinheitlicher zu gestalten. Weitere Finanzmittel sollten eher für

die Verbesserung der Qualität von Bildung und Erziehung sowie für die individuelle Förderung von Kindern aus benachteiligten Schichten verwendet werden. Beispiele dafür sind ein kostenfreies, gesundes Mittagessen und ein Hol- und Bringdienst für Kinder.“ [...] Wenn Sie es ernst meinen würden, dann hätten Sie die Anhörungsergebnisse und auch den Bericht der Bildungscommission beachtet. Kinder brauchen ein anregungsreiches Bildungsangebot, sie brauchen es über den ganzen Tag hinweg verteilt, Kinder brauchen Ganztagsplätze, sofern ihre Eltern es wünschen. Unterstützen Sie die Kommunen bei der Übernahme der Elternbeiträge für Ganztagsplätze! Setzen Sie sich für die Weiterentwicklung der gesunden Lebensweise und gesunden Ernährung der Kinder ein und dafür, dass alle Kinder gesunde Mahlzeiten in der Kita einnehmen können! [...]“

KITA IN M-V

In Mecklenburg-Vorpommern gibt es 1070 Kindertageseinrichtungen. In ihnen werden 97 Prozent aller Kinder im Alter von drei Jahren bis zum Schuleintritt betreut – die meisten ganztags. Von den unter Dreijährigen besuchen rund 35 Prozent eine Kita, in der Altersgruppe der Zwei- bis Dreijährigen sind es schon fast 67 Prozent.

Quelle: www.kita-portal-mv.de

Harry Glawe, CDU:

„Wir werden die Familien weiter entlasten“

Foto: Uwe Bajewski



■ „Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Gesetzentwurf zur Änderung des KiföG liegt Ihnen in Zweiter Lesung zur Beratung vor.

*(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Der steht auf der Tagesordnung.)*

In den Ausschüssen wurde intensiv darüber beraten.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Das Entscheidende ist, dass das Haushaltsrecht jetzt durch das Gesetz angenommen und die Reduzierung der Mittel auf fünf Millionen Euro vorgenommen wird. All diese Dinge sind schon vorgetragen worden. Des Weiteren sind noch Änderungen vorgenommen worden, so zum Beispiel die Anpassung des Bundesrechtes. Das Bundessozialhilfegesetz gibt es nicht mehr, sondern es gibt das SGB XII und das SGB II. Das wurde in diesem Gesetz weiterhin begründet und „Early Education“ dort als Bachelor ausgewiesen. Das ist, denke ich, wichtig. Ausländische Berufsabschlüsse sind nach europäischem Recht geregelt, damit sind sie in diesem Gesetz zu streichen.

Zu den Vorwürfen oder Auslassungen der LINKEN kann ich nur sagen,

*(Torsten Koplín, DIE LINKE:
Was heißt hier Auslassungen?!)*

die Grundrechenarten beherrschen Sie nicht. Das Problem ist einfach. Wir senken

zwar die Zuschüsse bei der vorschulischen Bildung ab, aber, Frau Ministerin Linke a.D., Sie wissen ganz genau,

*(Zurufe von Dr. Marianne Linke,
DIE LINKE, und Birgit Schwebs,
DIE LINKE)*

dass im Jahre 2004 mit dem Gesetz zum KiföG eine Anschubfinanzierung vorgesehen war. Diese Anschubfinanzierung ist vier oder fast fünf Jahre gewährt worden.

*(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Ihre Erklärung wird nicht besser, wenn
Sie sie hier wiederholen.)*

Mittlerweile, glaube ich, kann man umsteuern, muss man umsteuern. Ich will nur darauf verweisen, dass der Minister richtigerweise festgestellt hat, dass es nicht fünf Millionen Euro sind, die insgesamt zusätzlich ins System kommen, sondern es sind elf Millionen Euro.

*(Irene Müller, DIE LINKE:
Darum geht es doch gar nicht. Es geht
um das im Gesetz festgelegte Geld.)*

Damit sind Ihre Behauptungen, die Sie hier jeden Tag im Land Mecklenburg-Vorpommern landauf, landab in die Welt setzen, Falschzeugnisreden.

*(Irene Müller, DIE LINKE:
Nein, das ist nicht falsch.
Nein, das ist nicht
Falschzeugnisreden.)*

Sie müssten es endlich mal begreifen und es zurücknehmen, meine Damen und Herren!

*(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion der CDU)*

Im Übrigen möchte ich darauf verweisen, dass auch Bundesmittel in Höhe von 40 Millionen Euro die nächsten fünf Jahre zur Verfügung stehen, um im Bereich der Ein- bis Dreijährigen Verbesserungen zu erreichen.

*(Irene Müller, DIE LINKE:
Das gehört nicht in die vorschulische
Bildung, das Geld, was sie da brauchen.)*

Auch das ist ein Ergebnis von Rot-Schwarz oder Schwarz-Rot, wie Sie es gerade haben wollen, in diesem Land.

*(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Na, wie wollen Sie es denn machen? –
Zurufe von Torsten Koplín, DIE LINKE,
und Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)*

Wir werden, auch das ist wichtig, weiter die Familien entlasten und beginnen damit vor Eintritt in die Grundschule.

*(Heiterkeit bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Das ist ja mal interessant.)*

Dieses Thema wird in den nächsten Wochen noch wichtig werden.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Das stimmt.)

Wir werden es in den nächsten Wochen veröffentlichen, darauf können Sie sich verlassen. Für sozial schwache Kinder wird es Essengeld in Höhe von 1,50 Euro pro Tag geben, meine Damen und Herren,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ja.)

und die Entlastung der Familien wird 80 Euro pro Monat sein.

(Egbert Liskow, CDU: Alle Achtung!)

Daran können Sie erst mal messen,

(Zuruf von Dr. Marianne Linke,
DIE LINKE)

welche familienpolitischen Leistungen diese Koalition vorbereitet und in den nächsten Wochen verabschiedet wird.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Die Träger und die Kommunen freuen
sich schon. –

Zuruf von Dr. Marianne Linke,
DIE LINKE)

Das wäre doch vielleicht einmal einen Beifall wert.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Gehen Sie mal in die Jugendhilfe-
ausschüsse! Die freuen sich schon.)

Ich darf noch einmal daran erinnern, Frau Ministerin a. D., Sie haben es in Ihrer Fraktion nur zu einem Gutschein gebracht,

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

den die Eltern einlösen können. Bis heute können Sie diesen Gutschein nicht umsetzen. Das Geld haben Sie in Ihrer Regierungszeit acht Jahre lang nicht zusammenbekommen. Diese Koalition aus SPD und CDU hat es geschafft. – Vielen Dank.“

Ralf Grabow, FDP:

„Das ist nur eine halbgewalkte Sache“



■ „Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will an dieser Stelle nicht alles noch einmal ausführen, denn wir haben, glaube ich, in den letzten Landtagssitzungen schon des Öfteren über das Thema KiföG diskutiert. Ich habe in der letzten Landtagssitzung sehr ausführlich aufgezählt, was man alles an diesem KiföG ändern muss und wo in der Entstehung des KiföG handwerkliche Fehler gemacht worden sind.

(Irene Müller, DIE LINKE:
Das Handwerk arbeitet solide.)

[...] Dass das nur eine halbgewalkte Sache ist, das wissen wir auch. Dass wir uns manches besser vorgestellt hätten – etwa in die eine oder die andere Richtung zu

gehen oder mehr für den kostenlosen Kindergartenplatz beziehungsweise für das kostenlose Essen zu machen –, das ist schon so.

(Harry Glawe, CDU: Ihr seid ja richtig aufgeregt. Ihr seid ja richtig aufgeregt.)

[...] Ich will an dieser Stelle auch nicht auf den fehlenden zwei Millionen Euro rumhacken, denn das haben wir schon ein paar Mal getan.

(Harry Glawe, CDU: Das hilft ja auch nichts, weil es mehr sind.)

Ich hoffe nur, dass es nicht so ist – auch da werde ich Sie beim Worte nehmen –, dass die ersten vier Träger deswegen ihre

Kosten erhöhen, weil so etwas eben nicht mehr drin ist. Dann stehe ich vor deinem Büro.

(Harry Glawe, CDU:
Ach, hör doch auf! Ach, jetzt reicht's.)

[...] Dabei ist deutlich geworden, dass davon Theaterbesuche, Kinobesuche und auch andere Sachen bezahlt worden sind. Das kann man nachlesen, das steht im Protokoll drin. Das ist so gewesen.

(Harry Glawe, CDU:
Aber gegen die Verordnung.
Aber gegen die Verordnung.
Sehe ich das richtig?)

[...] Wir haben einen Änderungsantrag,

(Harry Glawe, CDU:
Oh, nicht auch noch.)

den Sie wahrscheinlich ablehnen werden. Wir haben uns gedacht, an der Position gibt es noch eine Änderung, denn da geht es um die Personen, die diesen Job als Kindergärtner machen können. Wir haben noch eine zusätzliche Qualifizierung, das ist in der Anhörung von Fachleuten so gesagt worden. Wir bitten um Annahme dieses Änderungsantrages, denn es ist eine zusätzliche Qualifizierung. [...]"

Stefan Köster, NPD:

„Ihrem Stückwerk werden wir nicht zustimmen“

Foto: Cornelius Kettler



■ „Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sollten einige Mitglieder der Koalitionsfraktionen noch so etwas wie ein Gewissen haben, so wird denjenigen sicherlich die Anhörung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit am 21. Mai 2008 sehr lange im Gedächtnis bleiben.

*(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling,
DIE LINKE)*

Denn diese Anhörung endete sozusagen in einem Desaster für die Landesregierung, bekundeten dort einige Anzuhörende doch wirklich, dass sie erkannt haben, dass ihr Rat bei den Vertretern des Systems in Gestalt der Landesregierung nicht erwünscht sei. Aber nicht nur das, die Anzuhörenden bezweifelten fast einvernehmlich, dass ihre Anregungen und Stellungnahmen im Gesetzgebungsver-

fahren überhaupt Berücksichtigung finden würden. Daraus folgt, das Vertrauen in die Politik geht inzwischen gegen Null. [...]

Wir Nationalen sehen den Schutz und die Förderung der natürlichen Entwicklung der Kinder als Primat der Familienpolitik. Den Eltern ist es zu ermöglichen, dass sie entscheiden, wo und wie lange ihre Kinder eine Kindertagesstätte besuchen. Darüber hinaus sind auch die Erzieherinnen und Erzieher bestmöglich zu fördern. [...] Vermutlich ist es den Koalitionsfraktionen und der Landesregierung noch nicht bekannt, dass Erzieherinnen häufig die ersten Bezugspersonen neben dem Verwandten- und Bekanntenkreis für die Kinder sind, zu denen die Kinder Vertrauen fassen. Der ständige Wechsel der Erzieherinnen verunsichert bekanntermaßen die Kinder nachhaltig.

Die Landesregierung scheint allerdings immer nur an falscher Stelle Einsparungen vornehmen zu wollen [...]. Ihrem Stückwerk, meine Damen und Herren der Koalition und der Regierung, können und werden wir nicht zustimmen.“

Jörg Heydorn, SPD:

„Keine Schnellschüsse aus der Hüfte“

Foto: Cornelius Kettler



■ „[...] Ich bin am Zustandekommen des letzten Kindertagesstättenförderungsgesetzes auch schon beteiligt gewesen und kann Ihnen sagen, dass die damalige Regelung oder die jetzt noch gültige Regelung in Paragraph 4 Absatz 1, nach der allen Eltern eine stundenweise Betreuung von

30 Wochenstunden zugestanden wird, in der Bundesrepublik Maßstäbe gesetzt hat. Damit haben wir Maßstäbe gesetzt.

*(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion der SPD)*

Wir haben nicht differenziert und gesagt, Eltern, die nicht erwerbstätig sind, haben nur einen Anspruch auf 20 Stunden Betreuung. Wir sind schon immer davon ausgegangen, dass hier etwas gemacht werden muss, was über das damals in der Bundesrepublik Deutschland normale Maß hinaus Maßstäbe setzt. Das haben wir gemacht. Sie können sich sicher sein, Herr Köster, dass wir diesen Weg auch weiterhin beschreiten werden. Das werden Sie wahrscheinlich nicht richtig mitbekommen haben, weil Sie in ihrer selektiven Wahrnehmung, die immer nur in eine Richtung geht, letztendlich alles niedermachen, niedertreten und solche Dinge nicht wahrnehmen wollen. Sie sind nicht konstruktiv, sondern Sie sind einfach nur völlig daneben, inhaltlich, fachlich und auch menschlich.

*(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU)*

[...] Ich bin damals auch dabei gewesen, als man die 7 Millionen Euro festgesetzt

hat für die vorschulische Bildung in der letzten Legislaturperiode, und weiß, dass dieser Betrag ziemlich hoch gegriffen worden ist. Er ist niemals berechnet und definiert worden, auch inhaltlich, was damit gemacht wird, ist nicht definiert worden.

*(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Da staune ich ja jetzt.)*

Ich habe natürlich meine Nachfrage an die Trägervertreter ganz deutlich gestellt und gefragt: Was ist denn mit dem Geld passiert?

*(Irene Müller, DIE LINKE:
Das haben sie doch ganz deutlich beantwortet. Sie haben auch ganz deutlich beantwortet, was sie jetzt machen wollen.)*

Und die Bandbreite von dem, was passiert ist, ist enorm groß. Es gibt Träger, die haben mit dem Geld langfristige Wirtschaftsgüter angeschafft, von Videoaustattungen war die Rede und so weiter und so fort.

*(Ralf Grabow, FDP:
Am Anfang. Am Anfang.)*

Das sind alles Dinge, bei denen man davon ausgehen kann, dass sie auch heute noch zur Verfügung stehen. Und was die konsumtive Ausrichtung angeht, dazu sage ich Ihnen, wir haben in dem Bereich nach wie vor 5 Millionen Euro. Das heißt also, dass der Zoo- und der Theaterbesuch meines Wissens nicht gefährdet sind. Entsprechende dezidierte Berechnungen, dass das doch der Fall sein sollte, liegen mir nicht vor und sind auch nicht von einem einzigen Angehörten in den entsprechenden Anhörungen vorgerechnet worden. Das muss man so sagen.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Was die weitere Entwicklung des KifÖG angeht, dazu hat sich die SPD-Fraktion an der Stelle ganz deutlich positioniert, das werden wir machen. Nur, Frau Dr. Linke, wir wollen uns dabei kein Beispiel an Ihnen nehmen. Wir machen das Schritt für Schritt, ansonsten besteht die Gefahr, dass man auf die Klappe fällt.

(Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

Sie haben gerade den Bericht der Expertenkommission angesprochen, der sich auch mit dem Thema vorschulische Bildung beschäftigt. Dieser Bericht der Expertenkommission ist noch nicht einmal eine Woche öffentlich,

*(Irene Müller, DIE LINKE:
Da können Sie mal sehen, wie schnell man rechnen kann!)*

[...] Wenn man solche Berichte ernst nehmen will, dann muss man sie umfassend prüfen und umfassend mit ihnen umgehen. Also auf der einen Seite haben wir vor, uns den Bericht der Expertenkommission in aller Ruhe anzusehen, den Bericht auszuwerten und für eine weitere komplexe Weiterentwicklung des Kindertagesförderungsgesetzes zu verwenden,

*(Irene Müller, DIE LINKE:
Das steht alles genau da, und zwar Wort für Wort.)*

und auf der anderen Seite, Frau Dr. Linke, ist es so, dass Sie ja in dem Bereich jahrelang Verantwortung getragen und keinen durchschlagenden Erfolg gehabt haben. [...]

Also wenn Sie sich das Ergebnis der Einschulungsuntersuchungen in Mecklenburg-Vorpommern angucken, dann kann man sagen, wir leisten gute Arbeit. Aber die gute Arbeit kommt nicht bei allen gut an,

*(Dr. Marianne Linke, DIE LINKE:
Das stimmt.)*

denn wir haben in Größenordnungen Kinder mit sprachlichem Förderbedarf, die herausgefiltert werden,

*(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Im Jugendhilfeausschuss kam das gar nicht gut an.)*

wir haben in Größenordnungen Kinder mit Adipositas, die herausgefiltert werden, und wir haben in Größenordnungen Kinder mit grob- und feinmotorischen Störungen, die herausgearbeitet werden.

*(Irene Müller, DIE LINKE:
Die sollen nicht rausgefiltert werden, die sollen integriert werden.)*

[...] Und da ist natürlich die Frage zu beantworten: Wie geht man damit um? Ich kann Ihnen sagen, dass wir uns als SPD dem Thema der sozialen Gerechtigkeit verschrieben haben und wir daran arbeiten, das Kindertagesstättenförderungsgesetz so zu verändern, dass wir diesen Dingen mehr Rechnung tragen. Das kann man jedoch nur machen, indem man gründlich arbeitet.

Ich kann mich auch an den ersten Gesetzentwurf erinnern, Frau Dr. Linke, der zum Thema Kindertagesstättenförderung auf uns zugekommen ist, denn davor habe ich richtig verduzt gegessen. Das kommt bei mir nicht oft vor, aber der war dereguliert von vorne bis hinten. Da sollte quasi das ganze Geld auf die kommunale Ebene durchgereicht werden und die sollte es verteilen. Das war damals das, was uns im ersten Entwurf inhaltlich vorgestellt worden ist.

*(Zuruf von Dr. Marianne Linke,
DIE LINKE)*

Ihre und meine Fraktion haben diesem Gesetz, so, wie es Ihnen heute vorliegt, zur Qualität verholfen, indem im Landtag um die 20 Änderungsanträge gestellt worden sind. Ich möchte nicht, dass uns so etwas passiert.

*(Unruhe bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)*

Deswegen sage ich an der Stelle, wir gehen mit der notwendigen Gründlichkeit heran und machen keine Schnellschüsse aus der Hüfte, weil das nicht zu guten Ergebnissen führt. Ihre Änderungsanträge, damit will ich abschließen, werden wir ablehnen,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Oh!)

ansonsten bitte ich um Zustimmung für den Gesetzentwurf. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.“

Auszüge aus dem Protokoll der Plenarsitzung am 2. Juli 2008

Kreisgebietsreform

Anhörung der kreisfreien Städte

■ Mit dem Einsetzungsbeschluss des Landtages hat die Enquete-Kommission den Auftrag erhalten, die Stadt-Umland-Problematik von Ober- und Mittelzentren zu analysieren, zu bewerten und Handlungsperspektiven zur Ausgestaltung dauerhaft leistungsfähiger Gemeindestrukturen aufzuzeigen.

Die Enquete-Kommission hat deshalb die kreisfreien Städte, deren Umlandgemeinden sowie Vereine und Verbände zu diesem Thema angehört. Dadurch wurden die Anzuhörenden in den Prozess der Entscheidungsfindung eingebunden. In sechs öffentlichen Sitzungen erhielten die kreisfreien Städte Wismar, Rostock, Schwerin, Stralsund, Greifswald und Neubrandenburg, deren Umlandgemeinden sowie Vereine und Verbände die Möglichkeit, die Stadt-Umland-Problematik zu beschreiben, dazu Stellung zu nehmen und Lösungswege vorzuschlagen.

In den Anhörungen wurde deutlich, dass die Probleme überwiegend finanzieller Art sind. Wegen starker Einwohnerverluste an das Umland erhalten die kreisfreien Städte geringere Schlüsselzuweisungen und einen geringeren Anteil an der Einkommenssteuer. Eingemeindungen, die Änderung des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) und Formen der interkommunalen Zusammenarbeit könnten hier helfen und wurden zum Teil kontrovers von den Anzuhörenden diskutiert.

Die Anhörungen zu den Stadt-Umland-Beziehungen der kreisfreien Städte wurden am 20. Juni 2008 abgeschlossen. Die Kommission wird anhand der vorliegenden Unterlagen nun über die Konsequenzen beraten. Dazu könnten Änderungen der Regelungen für interkommunale Kooperationen oder der Bestimmungen des kommunalen Finanzausgleiches gehören. Außerdem steht die Untersuchung der Stadt-Umland-Situation der Mittelzentren an. Dazu soll bis zum 31. Oktober 2008 ein Gutachten erstellt werden.

Westpommern in Ludwigslust

Präsentation der Woiwodschaft in Mecklenburg-Vorpommern

■ Der Europa- und Rechtsausschuss nahm am 25. Juni an der Präsentation der Woiwodschaft Westpommern in Ludwigslust teil.

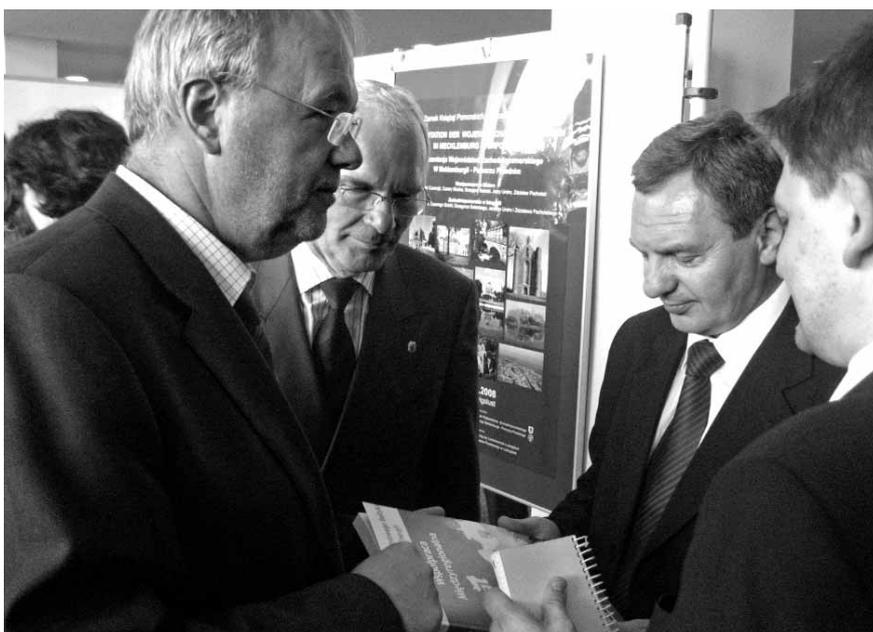
Die Festveranstaltung auf Einladung des Ministerpräsidenten Dr. Harald Ringstorff und des Marschalls der Woiwodschaft Westpommern Władysław Husejko war der Höhepunkt der ganzjährig angelegten Präsentation der Woiwodschaft unter dem Motto „Region Westpommern – unser polnischer Nachbar“. Die einzelnen Veranstaltungen bezogen sich auf die Bereiche Kultur, Wirtschaft und die Euroregion POMERANIA.

Die polnischen Spitzenvertreter der Woiwodschaft, der Woiwode Marcin Zydorowicz und der Marschall, sprachen die auch für Polen aktuellen energiepolitischen Fragen rund um den Klimaschutz und den Einsatz erneuerbarer Energien an. Der Ausschussvorsitzende Detlef Müller nahm den Impuls auf und berichtete über die Zusammenarbeit im Parlamentsforum Südliche Ostsee. Er überreichte dem Marschall der Woiwodschaft die Dokumenta-



tion des Landtages zu den beiden Internationalen Anhörungen der Arbeitsgruppe Energie. Die Ausschussmitglieder informierten sich über die vielfältigen gemeinsamen Projekte und besichtigten die Ausstellung „Westpommern in Bildern“ im Ludwigsluster Landratsamt.

Die im jährlichen Wechsel stattfindenden Präsentationen Mecklenburg-Vorpommerns und Westpommerns in der jeweiligen Partnerregion belegen als Teil der langjährigen grenzüberschreitenden partnerschaftlichen Kooperation exemplarisch das freundschaftliche Miteinander zwischen den Menschen aus den beiden Regionen.



Detlef Müller, Vorsitzender des Europa- und Rechtsausschusses, überreicht Marschall Władysław Husejko die Dokumentation der beiden Internationalen Anhörungen der Arbeitsgruppe Energie des Parlamentsforums „Südliche Ostsee“.

Foto: Georg Strätker

Insel der Innovationen

Agrarausschuss auf der Insel Poel

■ Vor etwas mehr als 100 Jahren wäre es eine Auslandsreise geworden, die den Agrarausschuss am 17. Juli auf die Insel Poel führte. Erst 1903 wurde dieses idyllische Eiland durch die Schweden an Mecklenburg zurückgegeben. Sicher ist das eine nicht uninteressante Geschichte, aber was mag den Ausschuss für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz des Landtages dazu bewogen haben, auf die Insel nach Malchow zu fahren? Der Informationsbesuch stand ganz im Zeichen der biogenen Ressourcen.

Im Laborkomplex der Hochschule Wismar in Malchow informierte Prof. Dr. Horst Gerath über Verfahren der energetischen Nutzung von Biomasse, deren Wirkungsgrad deutlich höher ist als heute üblich. Der Schlüssel zur Lösung des Problems ist der thermische Aufschluss von Zellulose zu Zucker und Vergärung zu Alkohol, der als Treibstoff genutzt werden kann. Der besondere Vorteil des Verfahrens: Es kann jede Form von Biomasse genutzt werden,



Foto: Dr. Wolfgang Röhl

v.l. Prof. Dr. Fritz Tack (DIE LINKE), Sigrun Rese (FDP), Ute Schildt (SPD), Birgit Schwabs (DIE LINKE), Prof. Dr. Horst Gerath

sodass eine Konkurrenz von Energie- und Nahrungsmittelproduktion von vornherein ausgeschlossen ist.

Die zweite Station der Unterrichtsfahrt war die Norddeutsche Pflanzenzucht Hans Georg Lembke, deren Geschäftsführer Dietmar Brauer dem Ausschuss die Perspektiven der Rapszüchtung, aber auch Probleme moderner Züchtungsarbeit aufzeigte.

Weiter ging es zur Genbank-Außenstelle des Leibniz-Institutes für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung Gatersleben. Der engagierte Vortrag der Leiterin, Evelyn Willner, stand unter dem Thema „Erhalt wertvoller pflanzengenetischer Ressourcen für Wissenschaft und Züchtung“.

Letzte Station war die prophyta GmbH,

die biologischer Pflanzenschutzmittel herstellt. Hier wurde der Ausschuss von Geschäftsführer Dr. Peter Lüth empfangen, der für die Entwicklung eines biologischen Pflanzenschutzmittels bereits mit dem Umweltpreis des Bundespräsidenten ausgezeichnet wurde. Lüth erläuterte den Abgeordneten, wie aus den Sporen eines an anderen Schädlingen parasitierenden Pilzes ein gewissermaßen natürliches Pflanzenschutzmittel hergestellt wird, welches beim Rapsanbau in Ökolandwirtschaftsbetrieben eingesetzt werden kann. Das einhellige Fazit des Ausschusses nach dieser Informationsfahrt: Auf einer kleinen Insel werden große innovative Leistungen erbracht – zum Nutzen unseres Landes Mecklenburg-Vorpommern.

Landtag Mecklenburg-Vorpommern

Zur Arbeit des Petitionsausschusses



PETITIONSAUSSCHUSS

Tätigkeitsbericht 2007 erschienen

Jährlich informiert der Petitionsausschuss des Landtages über seine Arbeit. Die Dokumentation für das Jahr 2007 liegt nunmehr vor. Sie enthält den Tätigkeitsbericht des Petitionsausschusses 2007 sowie das Wortprotokoll der hierzu geführten Landtagsdebatte. Darüber hinaus informiert die Broschüre über die rechtlichen Grundlagen zum Petitionswesen in Mecklenburg-Vorpommern und die Adressen der Petitionsstellen des Deutschen Bundestages, der Bundesländer und des Europäischen Parlaments.

Der Petitionsausschuss ist der vom Landtag eingesetzte Ausschuss zur Behandlung von Bitten, Beschwerden und Vorschlägen der Bürgerinnen und Bürger. An den Petitionsausschuss können sich Bürgerinnen und Bürger wenden, die sich durch das Handeln oder unterlassene Handeln von Behörden ungerecht behandelt fühlen. Der Ausschuss klärt, auf welcher gesetzlichen Grundlage das Behördenhandeln beruht, prüft, ob gesetzliche Änderungen erforderlich sind, und ist bestrebt, in Fällen, in denen dies angezeigt erscheint, Abhilfe zu schaffen.

Die Publikation ist kostenlos erhältlich. (Tel. 0385 / 525-2113, schriftlich an Landtag M-V, Öffentlichkeitsarbeit, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin, oder Online-Bestellung über www.landtag-mv.de).

Von Schlössern, Kasernen und modernen Zweckbauten

Über die Vielfalt der Landtagssitze in Deutschland

■ Das Schweriner Schloss ist als Parlamentsitz nicht nur für Richard von Weizsäcker etwas Besonderes. Der einstige Bundespräsident hatte bekanntlich den Prachtbau des Historismus bei einem Besuch Anfang der 90er Jahre durch lobende Worte geadelt.

Auch René Wiese ist von dem Anwesen auf der Schlossinsel durchaus begeistert. „Das Schweriner Schloss ist für mich persönlich der schönste Landtagssitz in ganz Deutschland“, befindet der Historiker. Und er muss es wissen. Schließlich hat sich der Mitarbeiter des Landeshauptarchivs Mecklenburg-Vorpommerns von Berufs wegen mit den Parlamentssitzen aller 16 Bundesländer beschäftigt. Die Entscheidung für Schwerin als Landeshauptstadt 1990 sei nicht zuletzt wegen der repräsentativen großherzoglichen Bauten gefallen, die in der einstigen Residenzstadt einer sinnvollen Nutzung harren. „Das lässt sich so kaum für eine andere deutsche Landeshauptstadt sagen“, betont er. Nach den Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges sei den neu gewählten Landtagen in der alten Bundesrepublik mitunter keine Wahl geblieben, als in das nächstbeste Gebäude zu ziehen.

„Mecklenburg-Vorpommern hat sogar das einzige der bis 1918 genutzten Residenzschlösser, das heute Landtagssitz ist“, weist er auf eine Besonderheit hin. In Sachsen werde das Dresdner Residenz-

schloss zu einem unpolitischen Ort für Kunst und Wissenschaft ausgebaut. „Der sächsische Landtag zog in das inzwischen umgebaute ehemalige Landesfinanzamt, in dem bis 1989 die SED-Bezirksleitung Dresden saß.“ Insgesamt nutzen seinen Worten nach nur drei Parlamente eine ehemalige Residenz. Neben Mecklenburg-Vorpommern beispielsweise Niedersachsen. In der einstigen Barockresidenz der Welfen tagte 1814 bis 1818 bereits die allgemeine Ständeversammlung Hannovers, ein Element des Frühparlamentarismus. Seit 1962 ist der niedersächsische Landtag in dem Leineschloss untergebracht. Auch in Hessen hat der Landtag einen ehemaligen Herrschaftssitz bezogen. Im Stadtschloss des Hauses Nassau trat das Parlament erstmals 1946 zusammen, im recht beschaulichen Wiesbaden. René Wiese hat auch eine Erklärung dafür: „Die bedeutenderen Städte Frankfurt, Kassel und Darmstadt waren 1945 so sehr zerstört, dass die Wahl der Hauptstadt auf Wiesbaden fallen musste“.

Über historisch bedeutsame Parlamentsitze verfügen freilich noch andere Bundesländer. „Darunter sind auch einige Gebäude mit parlamentarischen Hintergrund.“ Der Historiker nennt an erster Stelle das Abgeordnetenhaus von Berlin. In dem „Domizil im Bürgerstil der italienischen Hochrenaissance“, wie Wiese es beschreibt, beschlossen schon preußische

Parlamentarier Gesetze. „Seine Wurzeln reichen bis in die umkämpfte preußische Verfassung von 1850 zurück“, weist er auf die Ursprünge des Sitzes hin. Andere Landtagsgebäude dienten einst dem Militär, wie im schleswig-holsteinischen Kiel die 1888 eingeweihte ehemalige kaiserliche Marineakademie und die einstige königliche Kriegsschule im Brandenburgischen. „Das Gebäude wurde um 1900 im Stil der Neorenaissance auf dem Potsdamer Brauhausberg gebaut“, ergänzt René Wiese. Wieder andere Landtags-Gebäude hätten in ihrer Geschichte nie einen vordergründig politischen Bezug gehabt. Das Maximilianeum in München beispielsweise sei einst Bildungsstätte für besonders begabte Jungen gewesen. In Saarbrücken ist der Landtag in einem spätklassizistischen Kasino untergebracht, in Magdeburg in einem barocken Palais. „Die architektonische Vielfalt der Landtagsgebäude ist verblüffend“, stellt der diplomierte Historiker und Germanist fest. Teil dieser Vielfalt seien auch die modernen Zweckbauten, die beispielsweise in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bremen entstanden. „Jedes Bundesland versucht eben auf eigene Weise, seine Identität zu schärfen. Dazu gehört auch die Wahl der Landtagsgebäude“, sagt er und fügt hinzu: „Wer viel Glück hatte, konnte an demokratische Traditionen anknüpfen.“

Diese in der Geschichte des Schweriner Schlosses zu sehen, fällt nicht leicht, abgesehen von einem Zwischenspiel 1949 bis 1952, als kurzzeitig schon mal Abgeordnete im Schloss tagten. Aber der Bau hat in Wieses Augen darüber hinaus eine politische Dimension. Als der Großherzog vor mehr als 150 Jahren mit den Umbauarbeiten auf der Schlossinsel begann, hatte er alles andere als eine demokratische Institution im Auge. Im 19. Jahrhundert verteidigte der Mecklenburger Adel die alte Ständeherrschaft noch mit allen Mitteln gegen das Volk. Und die umfangreiche Verschönerung des „Märchenschlosses“ sollte eher noch die monarchische Herrschaftsform festigen. Die Entwicklung hin zur Demokratie ließ sich bekanntlich dennoch nicht aufhalten. „Die Bedeutung der Wandlung des Schlosses von der Residenz des Landesherrn zum Sitz eines Parlaments sollte nicht unterschätzt werden“, findet René Wiese. Heute stehe das Schloss für ein reiches kulturelles Erbe in Mecklenburg-Vorpommern, das die Menschen mit ihrem Land verbindet.



Foto: Sächsischer Landtag/Unger

Der Sächsische Landtag besteht aus einem Altbauteil, der in den späten zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts als Finanzamt entstanden ist, und aus einem gläsernen Neubau mit Plenarsaal, der 1994 eingeweiht wurde.

Der Landtag und die Bundesgartenschau Schwerin 2009 GmbH wollen bei der Vorbereitung und Durchführung der BUGA noch enger zusammenarbeiten. Hierzu unterzeichneten Parlamentspräsidentin Sylvia Bretschneider und die BUGA-Geschäftsführer Dr. Josef Wolf (l.) und Jochen Sandner (r.) am 28. August eine Kooperationsvereinbarung. Unter anderem beteiligt sich die BUGA GmbH an der Gestaltung des Rosenhügels und an der Sanierung von Wegen und Freiflächen im Burggarten des Schlosses. Die Landtagsverwaltung sichert, dass zur BUGA keine Bauarbeiten im Außenbereich stattfinden, stellt Räume zur Verfügung und organisiert bei Bedarf für die BUGA GmbH Sonderführungen durchs Schloss. Der Burggarten als Bestandteil des BUGA-Konzeptes bleibt während der BUGA kostenfrei für die Öffentlichkeit zugänglich.

(Adressfeld für Abonnenten)



Foto: Dirk Lange



Foto: Dirk Lange



Foto: Claudia Richter

In der Sommerpause des Parlamentes wurde der Regenwasserkanal in der Lennéstraße saniert. Die Gewölbekonstruktion war den Belastungen durch den Fahrzeugverkehr nicht mehr gewachsen, so dass sich mehrere Mauerwerksrisse gebildet hatten. Das Mauerwerk des Kanals wurde gereinigt, instand gesetzt und von außen abgedichtet. Ein Teil der alten Kanaldecke musste rekonstruiert werden. Um den alten Regenkanal zu entlasten, wurden neben den Kanal Stützwände aus Stahlbeton gesetzt, auf denen eine Gewölbekonstruktion aus Stahlträgern liegt, die den alten Regenkanal überbrückt. Zur Verringerung der seitlichen Lasten wurde ein Teil des Bodens durch Blähton ersetzt. Nach Abschluss der Arbeiten wurde die Straße, so wie ursprünglich vorhanden, in zwei Lagen gepflastert.

Beim Mecklenburg-Vorpommern-Tag am 5. und 6. Juli in Ribnitz-Damgarten konnten sich die Besucherinnen und Besucher des Landesfestes am Stand des Landtages über die Arbeit der Abgeordneten informieren, bei einem Quiz ihr Wissen testen und mit Abgeordneten diskutieren. Astrid Wienke aus Schwerin nutzte die Gelegenheit zu einem Gespräch mit Parlamentspräsidentin Sylvia Bretschneider. Die MV-Tag-Präsentation war Bestandteil der Aktion „Landtag vor Ort“, mit der sich das Landesparlament in die landesweite Kampagne „WIR.Erfolg braucht Vielfalt“ einbringt.



Foto: Rainer Cordes

Vor Beginn der Parlamentferien lud der Landtag am 2. Juli zu seinem traditionellen Sommerfest ein. Den Auftakt bildete wie in den Vorjahren ein Drachenbootrennen auf dem Schweriner See, bei dem sportbegeisterte Abgeordnete, Unterstützer der Kampagne „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ und Mitarbeiter der Landtagsverwaltung ihre Kräfte maßen. Ein weiterer Höhepunkt des Programms war eine Modenschau der Design-Schule Schwerin. Der Erlös des Sommerfestes kommt der Kampagne „WIR.Erfolg braucht Vielfalt“ zugute.



Foto: Rainer Cordes